

N i e d e r s c h r i f t

JHA / 018 / 2012

**über die gemeinsame öffentliche Sitzung des
Jugendhilfe- und Schulausschusses der Stadt Rheine
am 29.03.2012**

Die heutige gemeinsame öffentliche Sitzung des Jugendhilfe- und Schulausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Jugendhilfeausschuss:

Vorsitzender:

Herr Dieter Fühner	CDU	Ratsmitglied / Vorsitzender
--------------------	-----	-----------------------------

Mitglieder:

Herr Norbert Dörnhoff	CDU	Sachkundiger Bürger
Frau Sylvia Egelkamp		Ausschussmitglied f. Jugendwohlfahrtsverbände
Frau Marlies Holtel	FDP	Sachkundige Bürgerin
Herr Paul Jansen	CDU	Ratsmitglied
Frau Ingrid Klammann		Ausschussmitglied f. Jugendverbände
Herr Tim Köhler	SPD	Sachkundiger Bürger
Frau Gabriele Leskow	SPD	Ratsmitglied / 1. Stellv. Vorsitzender
Frau Claudia Reinke	CDU	Sachkundige Bürgerin
Frau Maria Schütz		Ausschussmitglied f. Jugendwohlfahrtsverbände
Herr Carsten Timpe		Ausschussmitglied f. Jugendverbände

Vertreter:

Herr Helmut Tiekötter

Ausschussmitglied f.
Jugendwohlfahrtsverbände
Vertretung für Frau Regine Greiner

beratende Mitglieder:

Herr Hendrik Börger

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Sachkundiger Bürger

Herr Raimund Gausmann

Leiter des Jugendamtes

Herr Harald Klamann

Ausschussmitglied f.
Evangelische Kirche

Herr Bernhard Mersch

Ausschussmitglied f.
Schulen

Frau Sara Neto Alves

Sachkundige Einwohnerin f. Integrationsrat

Frau Ulrike Paege

Sachkundige Einwohnerin f. Familienbeirat

Frau Regina Schröer

Ausschussmitglied f.
Katholische Kirche

Herr Bernhard Wilbers

Ausschussmitglied f.
Arbeitsverwaltung

Vertreter:

Herr Axel Linke

Beigeordneter

Verwaltung:

Herr Ewald Piepel

Produktverantwortlicher

Herr Wolfgang Neumann

Produktverantwortlicher

Frau Medina Atalan

Sozial- und Jugendhilfepplanerin

Herr Manfred Kösters

Schriftführer

Schulausschuss:

Vorsitzende:

Frau Theresia Nagelschmidt CDU

Ratsmitglied / Vorsitzende

Mitglieder:

Herr Martin Beckmann	CDU	Ratsmitglied
Herr Detlef Brunsch	FDP	Sachkundiger Bürger
Frau Verena Griggel	CDU	Sachkundige Bürgerin
Herr Udo Mollen	SPD	Ratsmitglied / 2. Stellv. Vorsitzender
Herr Rainer Ortel	Alternative für Rheine	Ratsmitglied
Frau Theresia Overesch	CDU	Ratsmitglied
Frau Gabriele Rosetti	CDU	Sachkundige Bürgerin
Frau Annemarie Rottmann	SPD	Sachkundige Bürgerin
Herr Joachim Siegler	Alternative für Rheine	Sachkundiger Bürger
Frau Ulrike Stockel	SPD	Ratsmitglied
Herr Josef Wilp	CDU	Ratsmitglied

beratende Mitglieder:

Frau Heike Barnes	Sachkundige Einwohnerin f. Beirat für Menschen mit Behinderung
Herr Manfred Kraft	Sachkundiger Einwohner f. Familienbeirat
Herr Diakon Gerd Ständer	Ausschussmitglied Vertreter der kath. Kirche

Vertreter:

Frau Eva-Maria Brauer	SPD	Sachkundige Bürgerin Vertretung für Frau Waltraud Wunder
Herr Pfarrer Ingo Göldner		Ausschussmitglied Vertreter der ev. Kirche Vertretung für Herrn Pfarrer Stephan Buse
Herr Michael Schaefer	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Sachkundiger Bürger Vertretung für Herrn Stephan Krause

Verwaltung:

Herr Dr. Thorben Winter	Fachbereichsleiter FB 1
Herr Otto Reeker	Produktverantwortlicher Schulen
Herr Peter Temmen	Schriftführer

Herr Fühner eröffnet die heutige gemeinsame Sitzung des Jugendhilfe- und des Schulausschusses der Stadt Rheine und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Da Herr Dr. Garbe als Referent des einzigen Tagesordnungspunktes verkehrsbedingt noch nicht erschienen ist, unterbricht Herr Fühner die Sitzung. Nach 25 minütiger Sitzungsunterbrechung kann die Sitzung dann beginnen.

Öffentlicher Teil:

1. Integrierter Schulentwicklungs- und Jugendhilfeplan der Stadt Rheine Vorlage: 153 / 12

0:02:30

Herr Fühner begrüßt - auch im Namen von Frau Nagelschmidt - Herrn Dr. Garbe.

Das Gutachten, das vor 3 Tagen in Session zum Download bereitgestellt wurde, liegt jetzt auch in gedruckter Form vor und wurde allen Anwesenden zur Verfügung gestellt.

Herr Dr. Garbe beginnt dann mit einer Einführung in seinen Bericht.

Zunächst hält er fest, dass anders als in vielen anderen Kommunen hier in Rheine nicht nur eine reine formale Schulentwicklungsplanung, sondern darüber hinausgehend die Verbindung zur Jugendhilfeplanung gefordert wurde. Diese weitergehende Planung sei aus seiner Sicht richtig.

Auch wenn die Integration der Schulentwicklungsplanung mit der Jugendhilfeplanung gefordert sei, wolle er zunächst mit den formalen Aspekten der Schulentwicklungsplanung anfangen.

Bei all seinen Berechnungen sei die Schließung des Bundeswehrstandortes nicht berücksichtigt, da die möglichen Auswirkungen auch hinsichtlich der Zeitschiene noch zu unbestimmt seien.

Zum Thema **Grundschulen** führt Herr Dr. Garbe aus, dass hier neue gesetzliche Regelungen bevor stünden, die er auch schon in seinen Bericht habe einfließen lassen:

- Einzügige Grundschulen sollen zugelassen werden.
- Die Eingangsklassen müssen mindestens 15 SchülerInnen umfassen.
- Es wird eine kommunale Klassenrichtzahl gebildet, die nicht überschritten werden darf (Anzahl der Einschulungen/23)

Als Ergebnis könne festgehalten werden, dass unter formalen Gesichtspunkten auf Grund der Schülerzahlen keine Grundschule in ihrem Bestand gefährdet sei. Lediglich im Schuljahr 2013/14 könne es wegen der kommunalen Klassenrichtzahl zu einem Engpass kommen.

Für die **Sekundarstufe I** weist Herr Dr. Garbe vorweg auf eine 2 Tage alte Veröffentlichung für NRW hin, in der die Schülerentwicklung der letzten 10 Jahre in der Sekundarstufe abgebildet würden. Diese Berechnungen seien Grundlage jeder Schulentwicklungsplanung. Die neuesten Zahlen über das Wahlverhalten der Eltern würden seine späteren Aussagen zu den Hauptschulen noch verschärfen:

	Bisher	Neu
Schülerverluste der Hauptschulen	-48 %	-78 %
Schülerverluste der Realschulen	-15 %	-36 %
Veränderungen an den Gymnasien	-5 %	+15 %
Veränderungen an den Gesamtschulen	-0,1	0,0

Bei den **Hauptschulen** ist der Bestand der Don-Bosco-Schule gefährdet, da voraussichtlich die Mindestschülerzahl nicht mehr eingehalten wird. Bei der Overbergschule sind die Schülerzahlen grenzwertig, eine Bestandsgefährdung kann nicht ausgeschlossen werden.

Bei den **Realschulen** ist der Bestand der Fürstenbergrealschule gefährdet, während die Schülerzahlen der Elsa-Brändström-Realschule ausreichend hoch seien.

Die Entwicklung der Schülerzahlen an den **Gymnasien** und der **Gesamtschule** sind so stabil, dass keine Schule gefährdet sei. Bei der Gesamtschule übersteige bekanntlich die Nachfrage sogar das Angebot.

Herr Dr. Garbe führt weiter aus, dass er, um Alternativvorschläge machen zu können, zunächst die rechtlichen Möglichkeiten geprüft habe.

Alternative: 2 Hauptschulen und 1 Realschule schließen und stattdessen eine 2. Gesamtschule aufbauen.

Die Mindestzahl von 100 Kindern in Klasse 5 für eine 2. Gesamtschule könne bei diesem Modell erreicht werden, allerdings sei die Mindestzahl für die Oberstufe nicht gesichert, so dass die Voraussetzungen für eine 2. Gesamtschule nicht unbedingt vorlägen. Der naheliegende Gedanke, die Oberstufen von zwei Gesamtschulen zusammenzulegen, sei rechtlich nicht zulässig.

Alternative: 2 Hauptschulen und 1 Realschule schließen und stattdessen Sekundarschulen aufbauen.

Die Mindestzahl von 75 Kindern in Klasse 5 für eine Sekundarschule wird bei diesem Modell sicher erreicht, fraglich ist, ob die Mindestzahl für 2 eigenständige Sekundarschulen reiche. Alternativ sollte eine Schule mit 2 Standorten gegründet werden.

Die Sekundarschulen bräuchten dann noch einen Kooperationspartner für die Oberstufe. SchülerInnen mit entsprechender Qualifikation haben dann einen Anspruch auf einen Wechsel in die Oberstufe des Kooperationspartners. Herr Dr. Garbe empfiehlt hier die Euregio-Gesamtschule, da deren Oberstufe die geringsten Schülerzahlen hätte.

Aufgabe der Stadt Rheine sei es nun, so Herr Dr. Garbe, die Sekundarstufe I neu zu organisieren. Egal für welche neue Schulform/en sich die Stadt Rheine entscheide, die neue Aufgabe der **Inklusion** sei in allen Schulformen (von der Primar- bis zur Oberstufe) zu erfüllen. Auch wenn derzeit noch alle Beteiligten auf den angekündigten Landesinklusionsplan warten, bestehe Handlungsbedarf. Inklusion sei nicht nur eine Aufgabe für die Schulen, sondern eine Aufgabe für die Gesellschaft.

Bevor Herr Dr. Garbe zum Jugendhilfeteil übergeht, schlägt Herr Fühner vor, an dieser Stelle Verständnisfragen zum bisherigen Teil einzuschieben.

Auf die Frage von Herrn Ortel zur „Bestandsgarantie“ der Grundschulen führt Herr Dr. Garbe aus, dass Schulbezirksgrenzen in der Schulentwicklungsplanung keine großen statistischen Auswirkungen haben, da auch bei Schulbezirksgrenzen mindestens 20 % der Eltern ihre Kinder außerhalb der Schulbezirkes einschulen lassen.

Herr Jansen weist auf das Kreisentwicklungsprogramm 2020 des Kreises Steinfurt hin, wonach die Schülerzahlen kreisweit von 22.600 (im Jahr 2006) auf 18.700 (im Jahr 2015) sinken werden. Herr Dr. Garbe antwortet, dass seine Prognose bis 2016 gesichert sei, da die Kinder der entsprechenden Jahrgänge schon geboren seien. Es bestünde lediglich eine geringe Unsicherheit hinsichtlich der Entwicklung von Zuzügen in die Neubaugebiete.

Herr Brunsch fragt nach, wie man sich die Elternbefragung vorzustellen habe? Herr Dr. Garbe teilt mit, dass es mehrere Möglichkeiten gäbe. Da das Ergebnis einer Elternbefragung aber verbindlich sei, sei es auch wichtig, vor einer Elternbefragung die praktische Umsetzbarkeit aller Varianten zu prüfen.

Frau Overesch weist darauf hin, dass die Aussage zu den Anmeldezahlen nicht richtig sei. Es habe nicht 300 Anmeldungen, sondern nur 244 Anmeldungen gegeben.

Dann möchte Frau Overesch noch von Herrn Dr. Garbe die Auswirkungen einer möglichen zweiten Gesamtschule auf die Gymnasien wissen. Ferner möchte sie die Auskunft, ob die geplanten Gesamtschulen in Hörstel und Ibbenbüren bei seiner Schulentwicklungsplanung berücksichtigt worden seien. Hinsichtlich der Auswirkungen auf die Gymnasien verweist Herr Dr. Garbe auf seinen Bericht (Seite 93ff.), wonach die Auswirkungen in die Prognosen eingearbeitet seien. Neue auswärtige Gesamtschulen dürfe er bei der Schulentwicklungsplanung nicht berücksichtigen, da die entsprechenden Kommunen (hier Hörstel und Ibbenbüren), den Bedarf für deren neue Gesamtschule auch nur aus eigenen Schülerzahlen ableiten dürfen.

Herr Mollen erkundigt sich nach dem Personenkreis der Elternbefragung. Herr Dr. Garbe erläutert, dass bei Errichtung einer neuen Schulform ab 2013 die jetzigen 2. und 3. Jahrgänge befragt werden müssten. Die jüngeren Jahrgänge könnten befragt werden.

Auf Nachfrage Herr Beckmann bestätigt Herr Dr. Garbe, dass den Einschulungszahlen eine Prognoseberechnung zu Grunde liegt. Der tatsächliche Wohnort der Kinder sei nicht erfasst.

Nach diesen Verständnisfragen setzt Herr Dr. Garbe die Vorstellung seiner Planungen fort. Zunächst berichtet er über die zahlreichen Gespräche mit den verschiedensten Beteiligten, um einen möglichst umfassenden Einblick in die Jugendhilfe zu bekommen.

Die **U3-Versorgung** sei in Rheine noch weit von den gesetzlichen Vorgaben entfernt. Derzeit läge die Quote bei 11 %, bis 2013 seien 35 % zu erreichen. Konkret müssten 438 Plätze geschaffen werden.

Mit den geplanten Baumaßnahmen werde ein deutlicher Schritt zur Erfüllung der gesetzlichen Vorgaben gemacht. Allerdings seien weitere Anstrengungen auch gerade im Bereich der Tagespflege notwendig.

Neben diesen quantitativen Aussagen legt Herr Dr. Garbe, dann sein Augenmerk auf die qualitative **Elternarbeit**. Es sei besonders wichtig, die Eltern einzubinden und die relativ gute Elternarbeit in den Kindertageseinrichtungen auch auf den Primarbereich zu übertragen. In Vorschul- und Primarbereich würden die Weichen für die weitere Schullaufbahn der Kinder gestellt. Hier gelte es durch intensive Elternarbeit mögliche Fehlentwicklungen, die dann zu Lasten der Gesellschaft gehen, zu vermeiden.

Beim **Übergang Kita-Schule** würde in Rheine schon sehr gute Arbeit geleistet. Der Kooperationsvertrag zwischen den Einrichtungen würde weitestgehend umgesetzt.

Im **offenen Ganztag (OGS)** sei mit steigenden Bedarfen zu rechnen. Man müsse auch überlegen, ob man die bisherige Organisationsform der Betreuung von Gruppen nicht zu Gunsten eines rhythmisierten Ganztages aufzulösen, um die Kapazitäten zu erhöhen.

Bei **Übergang Schule-Beruf** schneidet die Stadt Rheine bei der dualen Ausbildung im Vergleich mit dem Landesschnitt schlecht ab. Hier müsse man auf die Wirtschaft zu gehen, um das Angebot für die duale Ausbildung zu erhöhen. Sonst drohe ein Fachkräftemangel. Zu beachten sei auch, dass ab 2013 eine kommunale Koordinierungsstelle beim Kreis Steinfurt angesiedelt würde. Auf Grund der Größenordnung der Stadt Rheine solle man aber auch eigene Lösungen suchen und sich nicht auf diese Koordinierungsstelle verlassen.

Auch bei den Teilnehmerzahlen im **Berufsgrundschuljahr** schneide die Stadt Rheine im Vergleich zum Landesdurchschnitt schlecht ab. Die Zahl in diesem „Übergangssystem“ sei doppelt so hoch. Man müsse dieses Signal erst nehmen und die Ausbildungsreife als Ziel der Schulausbildung festhalten.

Bei der Untersuchung des Feldes Zusammenarbeit der **offenen Jugendarbeit** mit der Schule stellt Herr Dr. Garbe fest, dass die offene Jugendarbeit prüfen solle, ob ihr Angebot der offenen Jugendtreffs nicht zu Gunsten der Projektarbeit in den/ mit den Schulen aufgegeben werden sollte.

Herr Fühner bedankt sich bei Herrn Dr. Garbe für dessen Vortrag. Auf Grund der fortgeschrittenen Zeit ruft er zunächst die Einwohnerfragestunde auf. Einwohnerfragen werden jedoch nicht gestellt.

Herr Linke gibt dann noch kurz eine erläuternde Information zur Inklusion und stellt dann beispielhaft einen möglichen Zeitplan zur Umsetzung der Schulentwicklungsplanung vor.

In der Aussprache zur Vortrag bzw. zur Vorlage wird von Herrn Brunsch, Herrn Fühner und Frau Overesch die späte Veröffentlichung des Berichtes kritisiert.

Herr Linke teilt mit, dass er den Bericht gerne zeitiger zur Verfügung gestellt hätte, aber der Verwaltungsvorstand zuvor noch darüber informiert werden musste.

Herr Fühner, Herr Mollen und Herr Ortel bewerten die heutige Sitzung als erste Lesung, die eine vertiefende, inhaltliche Diskussion notwendig mache und zu der ggfls. Herr Dr. Garbe nochmals eingeladen werden solle.

Beschluss:

Der Schulausschuss und der Jugendhilfeausschuss nehmen den vorgestellten integrierten Schulentwicklungs- und Jugendhilfeplan als Entwurf zur Kenntnis.

2. Einwohnerfragestunde (spätestens um 19:00 Uhr)

Die Einwohnerfragestunde war auf Grund der fortgeschrittenen Zeit vorgezogen und während des Top 1 aufgerufen worden.

3. Anfragen und Anregungen

Anfragen bzw. Anregungen wurden nicht gestellt.

Ende der Sitzung:

19:20 Uhr

Fühner
Ausschussvorsitzender
des Jugendhilfeausschusses

Nagelschmidt
Ausschussvorsitzende
des Schulausschusses

Kösters
Schriftführer
des Jugendhilfeausschusses